



Mit Carl-Julius Cronenberg sprach Joachim Schäfer

Ukraine-Krieg – Bürger auf möglichen Wohlstandsverlust einstimmen

BDS/BVMU-Gedankenaustausch mit FDP-Spitzenpolitiker Carl-Julius Cronenberg

Der mittelstandspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Carl-Julius Cronenberg, genießt ob seiner wirtschaftspolitischen Kompetenz fraktionsübergreifend einen herausragenden Ruf – und das nicht von ungefähr: Als Mitgesellschafter eines sauerländischen Traditionsunternehmens ist er mit den Sorgen und Problemen des

selbstständigen Mittelstandes bestens vertraut. Grund genug für BDS/BVMU-Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer, den Gedankenaustausch mit dem FDP-Politiker zu suchen, um abzuklopfen, welche programmatischen Zielsetzungen des Verbandes künftig bei der FDP als Regierungspartei Gehör finden werden.

Zu Eingang des Gespräches machte Schäfer deutlich, unter welchen Corona-Einschränkungen zum Beispiel der Einzelhandel gelitten hätte und auch noch leide. So hätten die im Frühjahr 2020 verhängten Schließungsmaßnahmen viele Geschäfte gezwungen, einen Notkredit bei der staatlichen Förderbank KfW in Anspruch nehmen zu müssen. Obwohl viele Betriebe aufgrund der Schließung Verluste eingefahren hätten, seien bei der Gewerbesteuer weiterhin Mieten, Zinsen und Leasingraten dem Gewerbeertrag hinzugerechnet

worden. Ungeachtet der Tatsache, dass kein Ertrag angefallen sei, hob Schäfer hervor. Daher sei es nicht nachzuvollziehen, dass selbst Zinsen, die für den KfW-Notkredit gezahlt werden müssen, der gewerbesteuerlichen Zurechnung unterliegen.

Problembereich möglich anders bewerten

Carl-Julius Cronenberg sagte zu, diesen Problembereich innerfraktionell zur Sprache zu bringen, um hier gegebenenfalls zu einer anderen Wertung und Vorgehensweise zu kommen.

In diesem Zusammenhang warnte Schäfer vor den Plänen von SPD und Bündnisgrünen, bundesweit den Mindestsatz für die Gewerbesteuer anzuheben, um damit Gemeinden mit einem extrem niedrigen Gewerbesteuersatz auszubremsen, um – wie es heißt – Steuerdumping zu unterbinden. Die Haltung der FDP sei hier eindeutig, unterstrich Cronenberg. Die Kommunen könnten durch ihre Hebesätze im Wettbewerb um Gewerbeansiedlungen andere Standortnachteile ausgleichen. Mit dem Mindestsatz von 200 Prozent werde sowie-

so verhindert, dass sich einzelne Gemeinden durch die Festsetzung sehr niedriger Hebesätze übermäßige Standortvorteile verschafften, rein steuerlich motivierte Wanderbewegungen auslösten und so anderen Kommunen sowie Bund und Ländern Schaden zufügten. Cronenberg wörtlich: „Weitere Gesetzesvorgaben dürften das Hebesatzrecht der Kommunen nicht unverhältnismäßig beschränken.“ Er selbst plädierte dafür, beispielsweise über einen höheren Mehrwertsteueranteil den Kommunen eine stabilere Finanzierungsgrundlage als bisher zu geben, um so die Gewerbesteuer komplett abzuschaffen.

Steuertarif auf Rädern: FDP bleibt am Ball

Weitere Themen, die Schäfer ansprach, waren die Klassiker „Mittelstandsbauch“ und „Kalte Progression“. Die frühere FDP-Forderung nach einem „Steuertarif auf Rädern“ finde sich im Koalitionsvertrag nicht wieder, bedauerte Schäfer. Leider – wusste Cronenberg zu berichten – habe man sich in diesen Punkten in den Koalitionsgesprächen nicht durchsetzen können und sei bei SPD und Bündnisgrünen „auf Granit gestoßen“. Das bedeute aber nicht, dieses Thema abzuhaken. Man werde hier am Ball bleiben, versprach Carl-Julius Cronenberg.

BDS/BVMU: Kritik am Zehn-Stufen-Plan

Wie auch bei den in der Vergangenheit geführten politischen Gesprächen, machte Joachim Schäfer gegenüber Carl-Julius Cronenberg deutlich, dass bei BDS und BVMU der Beschluss der Ampelkoalition, Vermieter an den Energiekosten ihrer Mieter zu beteiligen, auf Unverständnis stößt, weil der Vermieter keinen Einfluss darauf habe, wie seine

Mieter den Energieverbrauch steuern. Gerade der mittelständische Unternehmer habe vielfach seine Altersvorsorge in Form einer Immobilie gestaltet. Wenn nun das Vorhaben der Ampelkoalition, ein Zehn-Stufen-Plan zur Aufteilung der CO2-Kosten in die Praxis umgesetzt werde, ließe sich dies – so Schäfer weiter – bei größeren Gebäudekomplexen kaum realisieren, weil hier alle Wohnungsinhaber entsprechenden energetischen Sanierungsmaßnahmen zustimmen müssten. Deshalb sei es doch für die FDP – wenn sie Mittelstandspolitik ernst nehme – ein Muss, hier gegenzusteuern, erläuterte Schäfer seine Kritik am rot-grünen Koalitionsvertrag.



Carl-Julius Cronenberg befürchtet Wohlstandsverlust als Folge des Ukraine-Krieges

Die FDP werde sich bemühen, bei dieser Frage als Regulativ zu fungieren, stellte Cronenberg klar, weil vielfach Gesetze, die ein gutes Ziel verfolgten, an der Praxis scheiterten. Allerdings, verdeutlichte der FDP-Politiker, habe auf der anderen Seite der Mieter auch sehr wenig Einfluss darauf, wie energiesparend die Heizung seines Vermieters ausgelegt sei. Insofern sei es ein schwieriges Unterfangen, hier einen angemessenen Ausgleich zu schaffen, wobei er persönlich auf die Kräfte des Marktes setze. O-Ton Cronenberg: „Aber nicht alle Marktanreize sind mit SPD und Bündnisgrünen umzusetzen.“

Unterstützung bei Existenzbedrohung

Zum Abschluss des Gedankenaustausches bat Carl-Julius Cronenberg Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer, die BDS- und BVMU-Mitglieder auf einen möglichen Wohlstandsverlust als Folge des Ukraine-Krieges einzustimmen, weil der Staat nicht alle Belastungen ausgleichen könne. Zwar werde es mit Sicherheit Unterstützungsleistungen geben, betonte der FDP-Spitzenpolitiker, um die existenzbedrohten Betriebe zu sichern. Da aber die Finanzmittel begrenzt seien, könnten diese Maßnahmen nur befristet gelten, präzisierte Cronenberg seine Zusage. Joachim Schäfer hingegen sieht trotz Krise durchaus Spielräume für den Bundesfinanzminister. Dieser habe durch die zu verzeichnenden Preissteigerungen massive Einnahmewachse, zum Beispiel durch die Umsatzsteuer oder den Emissionshandel. Es sei daher sinnvoll – umriss Schäfer seine Vorstellung – diese Mehreinnahmen voll an die Bürger zurückzugeben. ■



Besuchen Sie uns
im Internet unter
www.bvmu.de

Klares Bekenntnis zur Schuldenbremse

*Carl-Julius Cronenberg zur Einhaltung der Maastrichtkriterien:
„Christian Lindner hat mit der Berufung von Lars Feld ein starkes Symbol gesetzt“*

Carl-Julius Cronenberg ist nicht nur ein erfolgreicher mittelständischer Unternehmer (seit 1991 ist er geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens Julius Cronenberg Sophienhammer mit Sitz in Arnsberg), sondern auch einer der führenden und bekanntesten Mittelstandspolitiker der FDP-Bundestagsfraktion. Bei der Bundestagswahl 2017 trat Cronenberg im Wahlkreis Hochsauerlandkreis als Kandidat an und zog über die Landesliste FDP Nordrhein-Westfalen in den 19. Deutschen Bundestag ein. Bei der Bundestagswahl 2021 führte sein politischer Weg erneut über die

Landesliste seiner Partei in den Bundestag. Innerhalb der FDP-Fraktion wurde er zum Sprecher für Mittelstand und Freihandel berufen. Weiterhin wird Carl-Julius Cronenberg für weitere vier Jahre als ordentliches Mitglied dem Ausschuss für Arbeit und Soziales angehören. Zudem ist er stellvertretendes Mitglied im Wirtschafts- und EU-Ausschuss. Über den Krieg in Europa und dessen Auswirkungen auf die mittelständische Wirtschaft, aber auch über mögliche finanzielle Entlastungen und Vorhaben der Ampelkoalition sprach Janina Schäfer mit Carl-Julius Cronenberg.

? Der frühere Wirtschaftsweisen Lars Feld, der als Kritiker der sozialdemokratischen Finanzpolitik gilt und deshalb vom damaligen Finanzminister Olaf Scholz ausgebootet wurde, berät nunmehr Christian Lindner und damit auch die FDP-Fraktion. Welche Aufgabenbereiche soll Lars Feld abdecken?

Carl-Julius Cronenberg: Lars Feld steht für ein klares Bekenntnis zur Schuldenbremse und für die Einhaltung der Maastricht-Kriterien aus den europäischen Verträgen. Insofern hat Christian Lindner ein starkes Symbol gesetzt, indem Lars Feld mit seiner Kompetenz das Bundesfinanzministerium verstärkt, weil es für uns als FDP in den Koalitionsverhandlungen wichtig war, dass wir ab dem Jahr 2023 wieder die Schuldenbremse und die Verschuldungsgrenze, die in den Maastricht-Kriterien festgelegt ist, einhalten.

? Nun gibt es Stimmen, die die Personalie Lars Feld als bewusste Provokation des Koalitionspartners SPD verstehen.

Carl-Julius Cronenberg: Es gibt keinen Grund, den Koalitionspartner SPD mit der Personalie Lars Feld zu provozieren, weil Olaf Scholz als Finanzminister auch für eine solide Finanzpolitik stand. Er hat

die Arbeit von Wolfgang Schäuble fortgesetzt und den Schuldenstand der Bundesrepublik Deutschland auf unter 60 Prozent, entsprechend den Maastricht-Kriterien, zurückgeführt. Genau diese finanzpolitische Stabilität hat es uns ermöglicht, dass wir in der Corona-Krise Unterstützungsmaßnahmen einleiten konnten, um einen Absturz der deutschen Volkswirtschaft zu verhindern. Und genau diese Stabilität führt auch dazu, dass trotz Ukraine-Krise der Staat handlungsfähig bleibt.

? In einem ersten Interview sprach Sonderberater Lars Feld über die Großbaustellen der Regierung. Unter anderem befürchtet Feld eine Lohn-/Preisspirale. Sehen Sie bei einer Inflationsrate, die schon jetzt über 7 Prozent liegt, diese Gefahr auch?

Carl-Julius Cronenberg: Es ist unstrittig, dass der Ukraine-Krieg zu einer exorbitanten Steigerung der Inflationsrate geführt hat. Hintergrund sind die stark steigenden Energiepreise, die am Anfang einer Wirtschaftskette stehen. Mit den Energiepreisen steigen auch die Rohstoffpreise. Mit der Erhöhung der Rohstoff- und Energiekosten steigen auch die Preise für Grundnahrungsmittel, so dass ich eine dauerhafte und starke In-

flationsentwicklung in diesem und im nächsten Jahr befürchte. Diese Entwicklung wird natürlich Auswirkungen auf die Tarifverhandlungen haben. Ob es zu einer Lohn-/Preisspirale kommt, ist schwer abzuschätzen. Mein Eindruck ist, dass sich die Gewerkschaften zurzeit sehr verantwortungsvoll verhalten und so vertretbare Tarifverträge abgeschlossen werden.

? Zur Bewältigung der Kriegsfolgen des Ukraine-Konflikts stellen immer mehr Ökonomen, aber auch Politiker, den Atomausstieg und den Kohleausstieg infrage. So auch Lars Feld. Glauben Sie, dass diese Gedankenspiele von Ihrem grünen Koalitionspartner mitgetragen werden?

Carl-Julius Cronenberg: Es geht nicht darum, den Kohleausstieg und den Ausstieg aus der Kernenergie aufzuheben. Es geht darum, ihn bestenfalls aufzuschieben, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, damit es bei unserer Volkswirtschaft nicht zu einem massiven Einbruch kommt. Auch die noch vorhandene Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen kann nach meiner Meinung dazu führen, dass die Laufzeiten von Kohle- und Atomkraftwerken verlängert werden müssen.

? Nun bezeichnen sogar die finnischen Grünen, aber auch die EU-Kommission, die Atomenergie inzwischen als grüne Energie.

Carl-Julius Cronenberg: Die finnischen Grünen haben ihren Frieden mit der Kernenergie deshalb geschlossen, weil es in Finnland eine Endlagerlösung gibt, die auf großen gesellschaftlichen Konsens stößt. Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt, nämlich den Aspekt der Weiterentwicklung der Nukleartechnologie. Wir können davon ausgehen, dass in absehbarer Zeit kleinere und noch sicherere Kernkraftwerke mit sehr viel kürzeren Halbwertszeiten gebaut werden können. Diese Perspektive wird mit Sicherheit Frankreich, aber auch andere Länder motivieren, weiter in diese Technologie zu investieren. Dennoch steht es in der Ampelkoalition nicht auf der Tagesordnung, in dieser Frage zu einem Umdenken zu kommen. Für mich steht an erster Stelle, den Ausbau regenerativer Energieträger massiv voranzutreiben – zum Beispiel durch kürzere Planungs- und Genehmigungszeiträume. Kurzum: Wir brauchen mehr grüne Energie, weil dies nicht nur eine klimapolitische Dimension, sondern auch eine sicherheitspolitische Dimension hat. Es darf nicht mehr passieren, dass wir beim Import fossiler Brennstoffe von einem Land abhängig sind. Und wir brauchen parallel zur grünen Energie eine robuste Wasserstoffwirtschaft. Dies hat die Ampelkoalition auch in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt. Wir fangen in meiner Heimat, im Sauerland, mit einem Pilotprojekt an, in

dem wir Ammoniak aus Australien importieren und zu Wasserstoff weiterverarbeiten.

? Die FDP fordert einen „Bürokratie-TÜV“. Was genau planen Sie? Welche Vorteile bietet dieser „Bürokratie-TÜV“ kleinen und mittelständischen Unternehmen?

Carl-Julius Cronenberg: Bei der Digitalisierung ist die Bundesrepublik Deutschland gegenüber vielen anderen Ländern rückständig. Wobei kleine und mittlere Unternehmen noch mehr als Großbetriebe unter der digitalen Rückständigkeit der Behörden leiden. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir jedes Gesetz, das wir verabschieden, einem sogenannten Digital-Check unterziehen und uns somit genau anschauen, welche Auswirkungen dieses Gesetz auf die Bürokratielast haben könnte. Weiterhin soll geprüft werden, ob die Umsetzung des Gesetzes mit seinen Ausführungsbestimmungen auch digital möglich ist. Insofern haben wir noch eine große Aufgabe vor der Brust. Deshalb ordnet die Koalition der Digitalisierung denselben Stellenwert zu wie dem Klimaschutz.

? Der Bundesgerichtshof beschloss in einem Urteil, dass Betroffene des Corona-Lockdowns keinen Anspruch auf individuelle staatliche Entschädigung für ihre Einnahmeausfälle haben. Sehen Sie eine Alternative, um Einzelhändler, Gastronomen und Betriebe, die von den Schließungen betroffen waren, finanziell zu entschädigen?

Carl-Julius Cronenberg: Es bleibt zunächst festzuhalten, dass der Staat großzügige finanzielle Hilfen geleistet hat. Wir reden hier über Milliardenbeträge. Mir wäre es auch lieber gewesen, wenn man statt Hilfen Entschädigungen gezahlt hätte – und zwar all denjenigen, denen man das Ausüben des Gewerbes untersagt hatte. Also zum Beispiel Gastronomen oder Friseuren. Allerdings waren die rechtlichen Voraussetzungen hierfür nicht gegeben. Insofern war es nur möglich und damit rechtmäßig, wie der Gesetzgeber verfahren hatte.

? Wie will die Ampelkoalition den exorbitant gestiegenen Schuldenberg, bedingt durch die Corona-Krise und den Ukraine-Krieg, wieder abtragen?

Carl-Julius Cronenberg: Mit der mittelfristigen Finanzplanung, die Christian Lindner vorgelegt hat, werden wir die Verschuldung wieder zurückfahren. Es ist geplant, aus dem laufenden Haushalt heraus so viel zu tilgen, dass wir uns in fünf Jahren ungefähr wieder im Bereich der Maastricht-Kriterien von 60 Prozent bewegen. Es gibt allerdings eine Unbekannte. Die Inflation, wie schon geschildert, schießt in die Höhe und wird zur Folge haben, dass die Zentralbank ihren Leitzins anheben wird, mit der Folge, dass neue Staatsanleihen wieder verzinst werden müssen. In letzter Zeit war es ja teilweise so, dass der Finanzminister über Negativzinsen ein Plus gemacht hat, wenn er neue Schulden aufnahm. Diese Zeiten sind vorbei. Aber steigende Zinsen haben auch zur Folge, dass in künftigen Bundeshaushalten eine höhere Zinslast wieder einzuplanen ist. Insofern kann ich noch nicht genau einschätzen, ob die mittelfristige Finanzplanung dies schon ausreichend berücksichtigt hat.

? Geben Sie bitte ein kurzes Statement zu folgenden Stichworten: Meinungsfreiheit, Eigenverantwortung, Wünsche für das Jahr 2022

Carl-Julius Cronenberg: Meinungsfreiheit ist wichtiger den je, wie uns Putin jeden Tag in Russland deutlich vor Augen führt. Eigenverantwortung ist der Schlüssel zur Pandemiebekämpfung und mein Wunsch für die vor uns liegenden Monate lautet: Frieden in Europa. ■



Mit Carl-Julius Cronenberg sprach Janina Schäfer